

## Schweiz

## SP will linke Olympia-Fans nicht vergraulen

Die Bündner Sozialdemokraten bekämpfen die Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2022. Doch die SP Schweiz vermeidet es, sich vor der kantonalen Abstimmung zu positionieren. Auch aus Rücksicht auf Sportbegeisterte in den eigenen Reihen.

## Patrick Feuz

Olympische Winterspiele sind «nicht nachhaltig» und deshalb mit dem ökologischen Gewissen, das Linke auszeichnen soll, nicht vereinbar. Diese Botschaft gab die Bündner SP-Nationalrätin und Naturschützerin Silva Semadeni sinngemäss den Genossinnen und Genossen auf den Weg, als die SP-Bundeshausfraktion am letzten Samstag hinter verschlossener Tür über die Pläne für Olympische Winterspiele in St. Moritz und Davos diskutierte.

Heute Mittwoch beschliesst der Bundesrat voraussichtlich, die Kandidatur der Bündner mitzufinanzieren. Damit erhält das Projekt quasi den nationalen Segen. Kommende Woche legt die Bündner Regierung die Abstimmungsbotschaft auf den Tisch, mit Details über Bauten, Ausgaben und Einnahmen. Die koordinierte Offensive, so die Hoffnung der Promotoren, soll im nächsten März in ein Ja der Bündner Stimmberechtigten münden. Denn macht das Volk vor Ort nicht mit, ist die Kandidatur für die Spiele 2022 vorzeitig erledigt.

Genau darauf hoffen Umweltorganisationen und Bündner Sozialdemokraten. Sie halten nichts von solchen sportlichen Grossanlässen. Für den kantonalen Abstimmungskampf, der schon bald losgehen wird, wären auch sie froh um bundespolitischen Support: etwa in Form eines Neins der SP Schweiz. Doch daraus wird nichts. Die sozialdemokratische Bundeshausfraktion hat über die Kandidatur geredet, ohne sich festzulegen. «Vor der Abstimmung im Kanton Graubünden beziehen wir keine Position», bestätigt Fraktionschef Andy Tschümperlin auf Anfrage.

## Gegen den Ruf als Miesmacher

Dem langfristig geringen wirtschaftlichen Nutzen stünden eine hohe Schuldenlast der öffentlichen Hand und eine schwerwiegende ökologische Belastung gegenüber, warnen Semadeni und



Damals waren die Dimensionen bescheidener: Das Olympiastadion aus dem Jahre 1928 in St. Moritz. Foto: Arno Balzarini (Keystone)

andere Gegner der Winterspiele. Die für Winterspiele benötigten Infrastrukturen wie das olympische Dorf, Verkehrsanlagen, Stadien, Pisten, Loipen und Sprungschancen müssten völlig neu gebaut werden – den Beteuerungen der Promotoren, in erster Linie bestehende Anlagen zu nutzen, sei zu misstrauen.

Die Linken als Sportmuffel und Miesmacher von grossen Sportevents: An diesem Ruf stören sich einige. Beson-

ders der Berner SP-Nationalrat Matthias Aebischer, der als Präsident des Grand Prix von Bern im Vorstand von Swiss Top Sport sitzt, der Lobby für sportliche Grossanlässe.

Aebischer sieht den Sport generell «nahe an sozialdemokratischen Anliegen wie Gleichheit und Integration». Und den Winterspielen im Graubünden will er die Chance geben, punkto Umweltverträglichkeit als «vorbildliche Spiele» in die Geschichte einzugehen.

Vor 18 Jahren habe Norwegen in Lillehammer bewiesen, dass trotz Trend zum Gigantismus immer noch «kleine, aber feine» Spiele möglich seien. Genau dies traue er auch der Schweizer Kandidatur zu – «ein Traum, den auch die politische Linke mitleben darf».

## Fässler mahnt zur Geduld

Die St. Galler Nationalrätin Hildegard Fässler will die Tür für Winterspiele in der Schweiz ebenfalls nicht zuschlagen.

Als Sportbegeisterte sitzt sie regelmässig vor dem Fernseher, wenn Olympische Spiele laufen. «Damit bin ich sicher nicht allein, auch nicht die einzige Sozialdemokratin.» Und als Sportpolitikerin, die im Beirat des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) sitzt, kann sie sich unmöglich der ökologi-

Sie schaue gern Olympische Spiele am Fernseher, sagt Hildegard Fässler. «Damit bin ich sicher nicht allein.»

schien Fundamentalopposition anschliessen. Fässler ruft dazu auf, nun zunächst das konkrete Projekt abzuwarten und dieses genau zu prüfen. Dem NOK, so ihr Eindruck, sei es «absolut ernst» mit dem Versprechen, die Winterspiele zu redimensionieren.

## Ja-Sager sind «keine Verräter»

Eine allzu miesepetrigte Haltung der Sozialdemokratie, so befürchtet Fässler, könnte das linke Wahlvolk vergraulen. «Die vielen Sportbegeisterten in der Schweiz erwarten von der SP eine kritische Haltung und Vorschläge für nachhaltige Winterspiele. Ein vorschnelles Nein dient weder der Sache noch der Partei.» Aebischer seinerseits will linken Befürwortern der Winterspiele im Kanton Graubünden den Rücken stärken: «Wer im März Ja stimmt, muss sich nicht als Verräter fühlen.»

Der Ausgang der Bündner Abstimmung gilt als offen. Bereits 1928 und 1948 fanden im Kanton Olympische Winterspiele statt. Die Dimensionen waren damals aber weit bescheidener – auch die finanziellen: Allein die Kandidatur für die Spiele 2022 kostet 60 Millionen Franken, die Veranstaltung selber rund 3 Milliarden Franken.

## Kurz

Zuwanderung  
Zentren für renitente  
Asylbewerber in naher Zukunft

Einige der geplanten Änderungen des Asylgesetzes sollen dringlich erklärt werden. Nach dem Nationalrat hat sich auch die vorbereitende Ständeratskommission dafür ausgesprochen. So soll es rasch spezielle Zentren für renitente Asylsuchende geben. Auch die bewilligungsfreie Umnutzung von Bauten des Bundes zur Unterbringung Asylsuchender sowie weitere Änderungen erachtet die Kommission als dringlich. Dringliche Bestimmungen treten unmittelbar nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen in Kraft. Ein Referendum kann erst nachträglich ergriffen werden. (sda)

Energiewende  
Verhärtete Fronten  
in der Atomdebatte

Auf Einladung der Atomaufsichtsbehörde Ensi haben gestern in Brugg AG Strombranche, Politiker und auch AKW-Gegner über Sicherheit diskutiert. Eine sachliche Diskussion blieb jedoch aus – vielmehr taten sich einmal mehr tiefe Gräben zwischen Atomlobby und Atomgegnern auf. Zu Beginn des Forums hatte Energieministerin Doris Leuthard noch zu einer Überwindung der Polarisierung zwischen AKW- und Umwelt-Lobby aufgerufen. Weder das Festhalten an herkömmlicher Technik noch das Neinsagen brächten die Schweiz weiter, sagte sie. (sda)

Bilaterale Verträge  
Belgien begrüsst Vorschläge  
zur Übernahme von EU-Recht

Der belgische Aussenminister Didier Reynders hat in Neuenburg die Vorschläge der Schweiz bezüglich der Übernahme von EU-Recht begrüsst. Er hoffe auf Fortschritte in dem Dossier trotz Meinungsverschiedenheiten, sagte er zu Bundesrat Didier Burkhalter. Dieser betonte, die Schweiz sei bereit für eine «dynamische, aber nicht automatische» Übernahme von EU-Recht. (sda)

Sawiris-Leute bezahlen  
Urner Journalisten für PR-Texte

Journalisten der beiden dominierenden Urner Zeitungen schreiben und fotografieren auch für eine Werbepublikation des Ferienresorts in Andermatt.

## Michael Soukup

Das Milliardenprojekt von Samih Sawiris ist für Uri mit enormen Chancen und Risiken verbunden. «Umso mehr sind die Urner auf eine kritische Berichterstattung angewiesen», sagt ein schweizweit bekannter Urner Politiker. Wie Recherchen des «Bund» zeigen, sind Journalisten der «Neuen Urner Zeitung» und des «Urner Wochenblatts» eng mit der Sawiris-Firma verbandelt. Parallel zu ihrer Berichterstattung über das Andermatt Resort liessen sie sich für PR-Tätigkeiten bezahlen. Dominique von Burg, Präsident des Schweizer Presserats, sagt: «Das ist eine eindeutige Verletzung der journalistischen Unabhängigkeit.»

Sven Aregger ist stellvertretender Redaktionsleiter der «Neuen Urner Zeitung», einer Regionalausgabe der NZZ-Tochter «Neue Luzerner Zeitung». Er hat seit 2006 rund hundertmal über das Sawiris-Projekt geschrieben. Ein Blick ins Archiv zeigt, dass der Redaktor dem Projekt eher wohlgesinnt ist: «Projekt ist keine Spinnerei», «Sawiris punktet bei Verbänden», «Sawiris-Modell fasziniert Gäste», «Samih Sawiris: Ich werde langsam ungeduldig» oder «Gehts Sawiris schlecht, gehts allen schlecht».



## Samih Sawiris

Der Ägypter ist Verwaltungsratspräsident der Oracom Development Holding AG. Deren Tochter Swiss Alps AG plant das Ferienresort in Andermatt.

Von Mitte 2010 und bis Ende 2011 schrieb und fotografierte Sven Aregger auch für «Andermatt Swiss Alps News». Dabei handelt es sich um eine mehrmals jährlich veröffentlichte PR-Publikation der Andermatt Swiss Alps AG (ASA). Auflage: 5000 Exemplare. Die ASA ist zuständig für die Realisierung des Andermatt-Resort und gehört Samih Sawiris. Es versteht sich von selbst, dass Aregger nur das Beste über die im Bau befindliche Ferienanlage zu berichten wusste.

Bruno Arnold, Redaktionsleiter der «Neuen Urner Zeitung», sieht darin kein Problem: «Die Artikel von Sven Aregger sind in diesem Zeitraum inhaltlich nur indirekt mit dem Sawiris-Projekt verbunden.» Seit 2006 war Aregger immer im Impressum als Mitglied der Redaktion geführt, wobei er während der PR-Tätigkeit seine leitende Funktion ruhen liess. «Er war bis zum dritten Quartal 2011 zu 50 Prozent angestellt», sagt Arnold.

## «Uri ist ein kleiner Kanton»

In der jüngsten Ausgabe der «Andermatt Swiss Alps News» schreibt und fotografiert Christian Mattli. Er ist gleichzeitig journalistisch für das «Urner Wochenblatt», den zweiten wichtigen Urner Zeitungstitel, tätig. «Christian Mattli steht zwar im Impressum, er ist aber kein fest angestellter Redaktor und schreibt auch nur selten über das Projekt in Andermatt», relativiert Chefredaktor Markus Arnold. Tatsächlich hat Mattli im Mai ausführlich über die Aktionärsversammlung der Oracom Development Holding AG berichtet. Und im Juli erschien ein glatter Artikel im «Urner Wochenblatt» über ein weiteres Sawiris-Projekt: «Samih Sawiris und Franzsepp Arnold steigen gemeinsam ins Nachtleben ein.»

Markus Arnold wirbt um Verständnis: «Uri ist ein kleiner Kanton, da kennt jeder jeden. Es ist fast nicht vermeidbar, dass jemand für mehrere Auftraggeber tätig ist.» Man sei sich bewusst, dass dies zu Konflikten führen könne und gehe damit verantwortungsvoll um.

Bundesgericht  
verurteilt Vale zu  
Millionenzahlung

Der in Saint-Prex VD ansässige brasilianische Rohstoffkonzern Vale muss über 200 Millionen Franken Bundessteuern nachzahlen.

## Philippe Reichen, Lausanne

Vale schuldet dem Bund 212 Millionen Franken für die Steuerjahre 2007 bis 2009. Das Bundesgericht bestätigt damit ein entsprechendes Urteil, welches das Waadtländer Verwaltungsgericht im Juni gefällt und das Vale angefochten hat. Neu stellt das Bundesgericht Vale Prozesskosten in der Höhe von 60 000 Franken in Rechnung. Die Vorinstanz hatte bloss 2000 Franken verrechnet.

Pierre Gillioz, Anwalt von Vale, wollte das Urteil gegenüber dem «Bund» nicht kommentieren. Er bestätigt, dass Vale auch bei der Waadtländer Steuerverwaltung gegen die Zahlung der 212 Millionen Franken Bundessteuern rekuriert hat. Sollte Vale mit seinem Rekurs scheitern, könnte der Konzern den Fall erneut ans Verwaltungsgericht und später ans Bundesgericht weiterziehen. Vale dürfte es sich nun aber genau überlegen, die Justiz weiter zu beschäftigen, da die Erfolgsaussichten in diesem Rechtsstreit ungewiss sind und bei einem negativen Ausgang weitere Kosten anfallen.

Der Grund für den Konflikt war ein zwischen Vale und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) am 1. Februar 2006 abgeschlossener Steuerdeal. Vale eröffnete in der Waadt einen Geschäftssitz und verpflichtete sich zu gezielten Investitionen. Im Gegenzug gewährte der Bund dem Rohstoffkonzern Steuererleichterungen. Ausgehandelt war, dass Vale lediglich 20 Prozent der Bundessteuern abliefern muss. Weil der Konzern die Bedingungen nicht erfüllte, verlangte der Bund für die Jahre 2007 bis 2009 40 Prozent der Steuern, also zusätzlich 212 Millionen Franken.

Berlin empfiehlt  
Staatsvertrag  
zur Annahme

Der Staatsvertrag, der den Fluglärm regelt, ist unterzeichnet. Welche Auswirkungen dieser auf die Schweiz hat, ist noch unklar.

## Liliane Minor

Gestern haben Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) und der deutsche Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) in Bern den Staatsvertrag unterzeichnet, der die Lösung im Fluglärmstreit bringen soll. Beide bezeichneten das Abkommen als faire Lösung. «Der Staatsvertrag schafft Rechtssicherheit», betonte Leuthard. Mit der Unterschrift ist der Vertrag noch nicht endgültig unter Dach und Fach: In der Schweiz müssen ihn noch National- und Ständerat gutheissen, in Deutschland Bundesrat und Bundestag. Ramsauer appellierte an die Schweiz, das Abkommen anzunehmen: «Einen besseren Vertrag wird die Schweiz nicht erreichen.»

Widerstand regt sich beidseits der Grenze. Süddeutsche Fluglärmgegner empfinden den Vertrag grundsätzlich als unfair, weil er keine Obergrenze für die Flugbewegungen mehr festlegt. In der Schweiz wird viel davon abhängen, wie die rund 20 000 Flugbewegungen verteilt werden, die zwischen 6.30 und 7 Uhr sowie zwischen 18 und 21 Uhr neu über die Schweiz geführt werden müssen. Bisher stehen zwei mögliche Anflugrouten zur Verfügung: über Osten oder über Süden. Bis der Vertrag im Jahr 2020 in Kraft tritt, könnte zusätzlich der gekröpfte Nordanflug zugelassen sein. Am letzten Mittwoch durften sich die betroffenen Kantone, der Flughafen und die Flugsicherung Skyguide noch einmal zu den Flugrouten äussern. Jetzt berechnen Fachleute beim Bundesamt für Zivilluftfahrt die verschiedenen Anflugvarianten bezüglich Sicherheit, Kapazität und Lärmbelastung.